

Politikberatung in der Krise

Zu den wissenschaftlichen Beratungen im Verein für Socialpolitik

Wenn der Bundeswirtschaftsminister den Rat überwiegend steuerfinanzierter Forschungsinstitute mit dem Argument verwirft, sie hätten keine Ahnung, wenn Vorschläge von Kommissionen als "Professorengeschwätz" abgetan werden, steht das Ansehen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung auf dem Spiel. Kein Wunder, wenn sich kompetente Ökonomen der Beratungstätigkeit verweigern. So hat Michael C. Burda, der Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, die Berufung in den Sachverständigenrat der "fünf Weisen" in diesem Frühjahr abgelehnt. Er wollte sich nicht zusätzlicher und zeitraubender Arbeit unterziehen, wenn diese politisch unbeachtet oder gar öffentlich abqualifiziert wird. Vor dem Hintergrund derartiger Tendenzen beriet der Verein für Socialpolitik, die traditionsreiche Gesellschaft deutschsprachiger Ökonomen, auf seiner Züricher Jahrestagung Grundsatzfragen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung.

(...)

Der Mannheimer Ökonom Axel Börsch-Supan, Mitglied der Rürup-Kommission, plädierte daher dafür, dass mehr Hochschulen geschaffen oder mit der Aufgabe betraut werden, den Spagat zwischen Wissenschaft und Politik zu vermitteln. Er beklagte aber auch die Tendenz, dass sich über Ökonomie fast jedermann befähigt fühle, mitzureden. Beim Bau einer Brücke folge man doch auch nicht bloß kühnen Ideen, sondern hole hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeit den Rat der Statiker ein.

Gerhard Schwarz, Wirtschaftschef der Neuen Zürcher Zeitung, versuchte aus journalistischer Sicht zu beruhigen. Um den Einfluss der Ökonomen sei es in Deutschland gar nicht so schlecht bestellt. Ökonomie sei nun einmal keine exakte Wissenschaft. Es gebe daher unterschiedliche Ratgeber und manchmal sogar gegensätzlichen Rat. Die Wirkung der einzelnen Empfehlung werde so abgeschwächt, wenn nicht aufgehoben.

Helmut Hesse, Universität Göttingen, erinnerte daran, dass Politik und Wissenschaft unterschiedliche Adressaten und Interessen haben. Die Politik brauche meist Einzelfallregelungen, die Wirtschaftswissenschaft kümmere sich primär um die Spielregeln für Wirtschaftsprozesse (Ordnungspolitik). Ihre Rezepte seien also eher langfristiger Natur.

Fazit der Tagung: Ökonomische Expertisen sind angesichts der anstehenden Reformen in Wirtschafts- und Sozialpolitik wichtiger denn je. Die Ökonomen müssen aber auch bereit sein, politische Zwänge zu berücksichtigen und notfalls auch nach zweitbesten Lösungen zu suchen.

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Süddeutschen Zeitung vom 08.10.2003.